
Presseinformation Nr. 912

17. Juli 2006

**LAURISCHK:
Überlegungen zur Verschärfung des Ausländerrechts
zeigen: Integrationsgipfel war eine Farce**

BERLIN. Zu Berichten des Spiegels, wonach das Bundesinnenministerium eine Verschärfung des Ausländerrechts plane, erklärt die integrations- und migratiopolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Sibylle LAURISCHK:

Die Bestrebungen des Innenministerium, das Ausländerrecht zu verschärfen, sind absurd. Die Mindestdauer einer Ehe auf über zwei Jahre verlängern zu wollen, um einen eigenen Aufenthaltsstatus des Ehepartners begründen zu können, ist dumm. Die Verkürzung von vier auf zwei Jahre ist vom Deutschen Bundestag beschlossen worden, um Erpressbarkeit besonders ausländischer Ehefrauen von ihren deutschen Ehemännern einen Riegel vorzuschieben. Dies war berechtigt und hieran hat sich nichts geändert. Vollkommen abwegig sind zudem Vorstellungen des Innenministeriums, eine Ehe nach Kassenlage einzuführen und die Ehe von Deutschen mit ausländischen Partnern vom Einkommen abhängig zu machen. Dies widerspricht glasklar dem Grundgesetz.

Leider wird durch diese Bestrebungen deutlich, dass der Integrationsgipfel vom vergangenen Freitag nur eine Showveranstaltung war. Um das wichtige Anliegen der Integration wirklich ernsthaft zu behandeln, brauchen wir vielmehr eine Initiative auf parlamentarischer Ebene, die sich unabhängig von der Bundesregierung den wichtigen Fragen der Integration widmet. Hierzu eignet sich eine Enquete-Kommission „Integration und Migration“ in hervorragender Weise.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de